



Personalversammlung Hauptschule

23.11.2017, Stadthalle Ratingen

Tagesordnung



1. Bericht des Personalrates
2. Belastungssituationen reduzieren!
3. Digitalisierung: Augen auf beim Datenschutz!
4. Informationen der Schwerbehindertenvertretung
5. Anträge

Bericht

Bericht

- **Bestandsaufnahme Hauptschule**
 - Hauptschulschließungen

2017



Bericht

- **Bestandsaufnahme Hauptschule**
 - Hauptschulschließungen
 - Teilstandorte
- **Versetzungsverfahren**
- **Befristet Beschäftigte**
- **Angleichungszulage**
- **Arbeits- und Gesundheitsschutz**



Belastungssituationen reduzieren!

Vorzeitige Pensionierungen

64% aller Kolleg*innen gehen vorzeitig in den Ruhestand!

Hauptgrund:
psychosomatische und psychische Beschwerden

Arbeitsschutzgesetz

- Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten bei der Arbeit
- Gefährdung für das Leben vermeiden
- Gefahren sind an ihrer Quelle zu bekämpfen
- individuelle Schutzmaßnahmen nachrangig
- spezielle Gefahren für besonders schutzbedürftige Beschäftigtengruppen sind zu berücksichtigen

Eine Gefährdung kann sich insbesondere durch die Gestaltung und die Einrichtung der Arbeitsstätte und des Arbeitsplatzes ergeben!

Arbeitsschutz in der Schule

Die Schulleitung

- ist für die Unfallverhütung ...verantwortlich
- ist für den Arbeits- und Gesundheitsschutz verantwortlich

Schulgesetz (SchulG) §59

Ergebnisse COPSQQ 2012/13

Lehrer*innen sind hohen psycho-sozialen Belastungsfaktoren ausgesetzt!

- besonders signifikant:
- Führungsqualität der Schulleitung (Arbeitszufriedenheit)
- erhöhter Work-Privacy Conflict
- erhöhte „Emotionale Anforderungen“

Hauptschulspezifische Belastungsschwerpunkte:

- Unsicherheit des Arbeitsplatzes
- verbale und körperliche Aggressionen
- geringe Unterstützung der Eltern
- Unterrichtsstörungen
- Lärm- und Stimmbelastung

Konsequenzen aus COPSQQ

Land NRW:

- Erhöhung des Etats für den Arbeits- und Gesundheitsschutz (AGS) an Schulen

Bezirksregierung Düsseldorf:

- Gesundheitstag

Fortbildungen durch den BAD:

- Gute Führung
- Resilienz
- Stressabbau
- Rückengesundheit
- In Planung: Ausbau der Fachberatung für den AGS

Belastungsschwerpunkt Unterrichtsverpflichtung

- hohe Unterrichtsverpflichtung:
- seit 2004 : 28 Wstd.

GY,SK,GE,GEM
25,5 Wstd.

vor 2004: 27
Wstd.

Belastungsschwerpunkt zusätzliche neue Aufgaben

- Förderpläne/Förderempfehlungen
- Vergleichsarbeiten
- ZAP
- Vorbereitung QA
- Mittagsaufsicht
- Absprachen/ Austausch im Rahmen von GL
- Jugendhilfegespräche, Zusammenarbeit mit therapeutischen Einrichtungen, Beratungsstellen...
- ...



Hebung der
Arbeitsleistung!

Belastungsschwerpunkt Ganztag

- Raumnot / kaum Rückzugsmöglichkeiten oder Ruheräume
- längere Präsenzzeiten
- mehr Springstunden
- Anstieg der Vertretungsstunden
- begrenzte Vorbereitungsmöglichkeiten, daher Ausweitung der Arbeitszeit
- Lernmüdigkeit in den letzten Stunden, Anstieg der Unterrichtsstörungen

Belastungsschwerpunkt neue Medien

- Ständige Erreichbarkeit
- Weiterbildung:
Umgang mit neuen Kommunikationsmedien und
Datenschutz
- Kosten für Laptop, I-Phone ..., für schulische Zwecke

Belastungsschwerpunkt schwieriges Schülerklientel

- Gewalt/ Mobbing durch Eltern und Schüler
- 4496 Schulformwechsler
- Ausbau des Gemeinsamen Lernens
- Schuljahr 16/17: 7456 SuS
davon 7089 SuS Lern- und Entwicklungsstörungen
- 49,5% aller SuS haben eine Zuwanderungsgeschichte

Anteil der SuS mit Förderbedarf und der Anteil der SuS mit Zuwanderungsgeschichte haben weiter zugenommen!

Belastungsschwerpunkt Unterbesetzung

- hoher Anteil befristet Beschäftigter
- nur 75-90 % LES - Budgets
- Überalterung der Kollegien
- erhöhter Anteil an Schwerbehinderten und Langzeiterkrankten
- Stellenberechnung aufgrund nur bedingt aussagekräftiger SchIPS Daten!

Exkurs SchIPS

Beispielschule:

40 Kolleg*innen	= 100%
4 Kolleg*innen sind erkrankt	= 100%
4 Kollegen sind erkrankt, und werden von 4 Vertretungskräften ersetzt	= 110%

Landesrechnungshof:

Selbst eine Ausstattung mit 100% reicht nicht für eine ausreichende Unterrichtsversorgung! (Kienbaumlücke)

Belastungsschwerpunkt Schulschließung

- Abordnung
- - um eigene Zukunftsperspektive zu sichern
- - um an anderen Schulen den Fachkräftemangel aufzufangen
- Teilstandorte
- vermehrt fachfremder Unterrichtseinsatz
- marode und unzureichende Gebäude
- fehlende Schulleitungen
- sonstige Tätigkeiten verteilen sich auf weniger Personen (Aufsicht, Fachkonferenz, Planungen,)
- Sekretariatsstunden reduzieren sich
- Fachkräfte für Schulsozialarbeit wechseln oder arbeiten an mehreren Standorten

Entlastungen

Pflichtstundenermäßigungen gibt es für

- Lebensältere Kolleg*innen ab 55/60
- schwerbehinderte Kolleg*innen
- Kolleg*innen in einer Wiedereingliederung
- Kolleg*innen, die begrenzt dienstfähig sind

Auch befristet Beschäftigte erhalten Altersermäßigung und Ermäßigung wegen Schwerbehinderung!

Besondere Unterstützung

- Schwangere oder stillende Mütter (Merkblatt Mutterschutz)
- Schwerbehinderte oder von Schwerbehinderung bedrohte Beschäftigte (www.schulministerium.nrw.de bzw. Schwerbehindertenvertretung)
- Begrenzt dienstfähige Kolleg*innen
- Kolleg*innen in der Wiedereingliederung
- Rückkehr nach längerer Krankheit: Betriebliches Wiedereingliederungsmanagement/BEM (Merkblatt)

Entlastung durch die Bezirksregierung

Verfügungen:

- Umgang mit baulichen Mängeln
- Umgang mit Gewalt an Schulen
- Teilzeitkonzept

keine QA bei auslaufenden Schulen

Beauftragung kommissarischer Schulleitungen

Teilstandorte vermeiden/nach Kriterien prüfen

Ausgleich bei Personalengpässen

Bewilligung der Mittel für den Vertretungsunterricht

Verteilung der Stellen für Neueinstellungen

Entlastung Schulträger

- intakte Gebäude
- funktionsfähige und zeitgemäße Ausstattung
- ausreichende Arbeitsplätze und Arbeitsmaterialien
- ausreichende Sportstätten vor Ort
- Rückzugsmöglichkeiten für Lehrer
- ausreichend nichtpädagogisches Personal

Entlastung durch die örtliche Schulaufsicht

- bei der Verteilung der Zuwandererkinder und SuS mit Förderbedarf in der Regionalkonferenz
- Unterstützen der Schulen bei der Durchführung von Ordnungsmaßnahmen
- auf notwendiges LES – Budget hinwirken
- Unterstützung bei Elternbeschwerden
- Bedarfe der HS beim Schulträger einfordern
- Beratung des Schulträgers bzgl. Teilstandorten

Entlastungsmöglichkeiten der Schulleitung

- QA: langfristige Planung / Schulalltag präsentieren
- kein kopflastiger Unterricht am Nachmittag
- Schulwechsel am Tag vermeiden
(Teilstandort/Abordnung)
- Lehrereinsatz bei Abordnung wie bei Teilzeitkräften
- Gebäudemängel: Schulträger, BR und BAD einschalten
- Freistunden koppeln
- konsequentes Reagieren auf aggressives Verhalten
- Hausrecht ausüben
- Aufnahme von neuen SuS prüfen
- Einbindung außerschulischer Partner

Entlastungsmöglichkeiten der Schulleitung

- Ersatzeinstellungen vornehmen (Lehrerrat beteiligen!)
- Sonderpädagogische Förderung aufrecht erhalten
- Nutzung des Mehrbedarfs gemäß der Bestimmung
Anrechnungsstunden ausschöpfen und sachgerecht verteilen
- Konferenzen etc. auf das notwendige Maß begrenzen
- Keine Mails, What´s App usw. in der Freizeit!
- Mehrarbeit begrenzen und durch Freizeit ausgleichen
- Ressourcen für die Einarbeitung von Vertretungskräfte schaffen!
- Unterricht kürzen, wenn die Stellenbesetzung nicht ausreicht!

Es darf kein Unterricht ausfallen!?

„Vertretungsunterricht und Unterrichtsausfall sind Phänomene, die sich aber im Schulalltag nicht gänzlich vermeiden lassen:

Krankheit, Klassenfahrten, außerschulisches Lernen sowie die Teilnahme an Wettbewerben, Betriebspraktika und Fortbildungen sind die häufigsten Gründe, weshalb Unterricht nicht in der eigentlich vorgesehenen Form stattfinden kann.“

www.schulministerium.nrw.de

Entlastungen durch die Lehrerkonferenz

- Vertretungskonzept erstellen
- Grundsätze für die Unterrichtsverteilung entwickeln/
Teilstandorte einbeziehen
- Konzept zum Umgang mit aggressivem Verhalten erstellen
- Teilzeitkonzept für die Schule beraten, entwickeln und
verabschieden
- Grundsätze für die Verteilung von Anrechnungsstunden
beschließen!
- Konzept Beschulung der Zuwandererkinder
- Konzept zum GL



Was kann jede/r einzelne tun?

- Schulmails etc. erst bei Dienstantritt in der Schule abrufen!
- Beratung durch den BAD
- Hilfe des Schulpsychologischen Dienstes
- Nicht notwendige Aufgaben streichen!
- Prioritäten setzen!
- Ausgleich zur schulischen Belastung schaffen!

Wenn alles nicht hilft:

**Überlastung und
Gefährdung anzeigen!**



Überlastung / Gefährdung anzeigen

Arbeitsschutzgesetz:

Die Beschäftigten sind verpflichtet,

- für die von ihr anvertrauten Personen und ihre eigene Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit Sorge zu tragen.
- dem Arbeitgeber oder dem zuständigen Vorgesetzten jede von ihnen festgestellte unmittelbare erhebliche Gefahr für die Sicherheit und Gesundheit (...) unverzüglich zu melden.

Überlastungsanzeige

Bundesverfassungsgericht 2008

Die Überlastungsanzeige dient dazu, dem Dienstherrn diese Mängel in der personellen Organisation zu verdeutlichen und konkret Verbesserungen zu erreichen, weil das vorhandene Arbeitspensum nicht mehr bewältigt werden kann und deshalb Fehler nicht auszuschließen sind.

- Pflicht des Dienstherrn: ausreichend Personal und sachliche Mittel
- Keine Benachteiligung

Überlastungsanzeige

Die Beschäftigten bleiben in der Pflicht, ihre Dienstleistung mit der ihnen möglichen Sorgfalt zu erbringen.

Die Überlastungsanzeige befreit die Beschäftigten von einer eventuell drohenden Schadensersatzpflicht.

Tipp des Personalrats:

- schulinterne Entlastungsmöglichkeiten prüfen
- Individuelle Überlastungsanzeige zeitgleich mit mehreren Kolleg*innen stellen
- Überlastungsanzeige im Vorfeld mit dem Personalrat besprechen
- Überlastungsanzeige in Kopie an den Personalrat

Nur gemeinsam sind wir stark!

Digitalisierung: Augen auf beim Datenschutz!



← Conny Konrektor

online



Birgit ist krank.

Echt? Betrifft mich das ?

07:29 ✓✓

ja

07:31

Vertretung?

07:32 ✓✓

sag nein!

07:32 ✓✓

Genau

07:32

wann denn?

07:32 ✓✓

**3. Stunde, Mathe 7,
Grundkurs, heute**

07:33

**Ochnö. Übrigens die Zeugnisliste
hab ich dir eben per Mail
geschickt.**

07:33 ✓✓



Type a message





- Datenverarbeitung !
- Nur zulässig, wenn ausdrücklich erlaubt!
- Vermischung privater und dienstlicher Inhalte sehr problematisch
- Unverschlüsselt!
- Serverstandort unbekannt!
- Erfassung, Nutzung und Auswertung gespeicherter Daten durch Google und Co. wahrscheinlich
- Folgen nicht abzusehen, wenn ein beteiligtes Gerät in falsche Hände gerät
- Sicherheit bei Versand als Emailanhang ist gleich Null!

Digitalisierung: Augen auf beim Datenschutz!

Digitalisierung: Augen auf beim Datenschutz!

Datenschutzbeauftragte bemängeln:

- Datenablage
- Kommunikation
- Webseiten und Social Media

Digitalisierung: Augen auf beim Datenschutz!

Schneller, unproblematischer,
sicherer Datenaustausch

Zeitgemäße Datenverarbeitung
im Schulalltag

LOGINEO NRW



Kommunikationsplattform für Schulen

Rechtskonforme Verarbeitung digitaler Daten



Digitalisierung: Augen auf beim Datenschutz!

B O Y D = Bring Your Own Device

Über entsprechende Schnittstellen können Lehrkräfte mit privaten Endgeräten (Smartphone, Tablet, PC) nach Genehmigung durch die Schulleitung zugreifen.



Informationen der Schwerbehindertenvertretung



Anträge

Anträge

1. Gerechte Bezahlung: A13Z / EG 13 für alle Lehrer*innen

Der Personalrat soll sich für eine gerechte Bezahlung einsetzen: A 13 und EG 13 für alle Lehrer*innen in NRW. Seit 2009 ist die Ausbildung für alle Lehrämter gleichlang (Bachelor/Master), nur die Bezahlung nicht. Eine Bezahlung nach Schulformen ist nicht mehr zu begründen und muss jetzt beendet werden. Die neue Landesregierung hat einen ersten Schritt verkündet. Sie will die Besoldungsstruktur an die einheitliche Lehrerausbildung angleichen. Und vor allem: Neue Ungerechtigkeiten im Lehrerzimmer können wir nicht gebrauchen. Alle müssen mit einbezogen werden, auch diejenigen, die vor 2009 ausgebildet wurden und mit ihrer Erfahrung die Ausbildung der künftigen Lehrkräfte sicherstellen.

Antragsteller:

Edgar Köllner, Ruth Reinartz, Helmut Robertz, Marion Vittinghoff, Thorsten Klein, Michaela Krings-Kröll, Karen Soboll, Regina Köhler, Norbert Bodenstab

Anträge

2. Pflichtstundenzahl senken

Der Personalrat soll sich dafür einsetzen, dass die Pflichtstunden an das Maß der Gesamt- und Sekundarschulen von 25,5 Stunden angeglichen werden. Es gibt keine sachliche Begründung dafür, dass Hauptschullehrkräfte 2,5 Wochenstunden länger unterrichten müssen.

Antragsteller:

Edgar Köllner, Ruth Reinartz, Helmut Robertz, Marion Vittinghoff, Thorsten Klein, Michaela Krings-Kröll, Karen Soboll, Regina Köhler, Norbert Bodenstab

Anträge

3. Berufliche Möglichkeiten und Perspektiven für die Fachkräfte der Schulsozialarbeit

Der Personalrat soll sich dafür einsetzen, dass die Fachkräfte der Schulsozialarbeit ein eigenes Stellenkontingent bekommen.

- keine Anrechnung oder Verrechnung mit Lehrkräftestellen.
- qualifizierte Fortbildungen und regelmäßige Supervision erhalten, bezahlt vom Land NRW
- selbstverständlich eine ausreichende Arbeitsplatzausstattung mit eigenem Büro, PC und Internetanschluss zur Verfügung haben
- die Möglichkeit bekommen, sich innerhalb der Landesstellen versetzen zu lassen bevor Stellen ausgeschrieben werden (internes Ausschreibungsverfahren)
- eine bessere Eingruppierung erhalten, gemäß ihrer Ausbildung
- ins Beamtenverhältnis übernommen werden können
- eine eigene Fachberatung aus der Schulsozialsozialarbeit für jede Schulform zur Verfügung haben

Antragsteller:

Edgar Köllner, Ruth Reinartz, Helmut Robertz, Marion Vittinghoff, Thorsten Klein, Michaela Krings-Kröll, Karen Soboll, Regina Köhler, Norbert Bodenstab

Anträge

4. Ausschlussfrist bei der Angleichungszulage aufheben

Der Personalrat soll sich dafür einsetzen, dass die Ausschlussfrist für die Beantragung der Angleichungszulage aufgehoben wird. Wer den Anspruch auf die jetzige und eine künftige Angleichungszulage besitzt, darf nicht dauerhaft ausgeschlossen bleiben, nur weil bis zum 31.07.2017 kein Antrag gestellt wurde.

.

Antragsteller:

Edgar Köllner, Ruth Reinartz, Helmut Robertz, Marion Vittinghoff, Thorsten Klein, Michaela Krings-Kröll, Karen Soboll, Regina Köhler, Norbert Bodenstab

Anträge

5. Personalmangel beheben:

Der Hauptpersonalrat und der Personalrat sollen sich bei der Bezirksregierung und beim Ministerium für Schule und Bildung, sowie bei Gewerkschaften und Verbänden dafür einsetzen,

- dass die OBAS für Kolleg*innen geöffnet wird, die ein Fachhochschulstudium abgeschlossen haben.
- dass Vertretungskräfte bereits nach einem Jahr entfristet werden können, wenn sie sich an ihrer Schule bewährt haben.
- dass Vertretungslehrkräfte bei ihrer ersten Einstellung vor dem Unterrichtseinsatz eine Basisfortbildung in Methodik, Didaktik und Schulrecht erhalten.
- dass die Schulen zeitliche Ressourcen für die Betreuung von Seiteneinsteigern erhalten.
- dass auch spezielle Fortbildungen für Seiteneinsteiger angeboten werden, um ihnen die Möglichkeit des Austausches und der Weiterentwicklung der Lehrerrolle zu ermöglichen.

Antragsteller:

Edgar Köllner, Ruth Reinartz, Helmut Robertz, Marion Vittinghoff, Thorsten Klein, Michaela Krings-Kröll, Karen Soboll, Regina Köhler, Norbert Bodenstab

Anträge

6. Wiederherstellung der Gesamtversorgung

Die Personalversammlung fordert den Personalrat Hauptschule auf, sich über den Hauptpersonalrat beim MSB dafür einzusetzen, die ursprünglich bis zum 31.12.2001 existierende Gesamtversorgung im Öffentlichen Dienst in ihrer alten Form – mit inflationsausgleichender Dynamisierung – wiederherzustellen und zwar für die Lehrkräfte im Tarifbeschäftigungsverhältnis, die vor dem 01.01.2002 eingestellt wurden und für alle Kolleginnen und Kollegen, die seitdem eingestellt wurden und zukünftig eingestellt werden.

Antragsteller:

Andreas Blaswich, Maria Falkenberg,

Anträge

6. Wiederherstellung der Gesamtversorgung

Die Personalversammlung fordert den Personalrat Hauptschule auf, sich über den Hauptpersonalrat beim MSB dafür einzusetzen, die ursprünglich bis zum 31.12.2001 existierende Gesamtversorgung im Öffentlichen Dienst in ihrer alten Form – mit inflationsausgleichender Dynamisierung – wiederherzustellen und zwar für die Lehrkräfte im Tarifbeschäftigungsverhältnis, die vor dem 01.01.2002 eingestellt wurden und für alle Kolleginnen und Kollegen, die seitdem eingestellt wurden und zukünftig eingestellt werden.

Antragsteller:

Andreas Blaswich, Maria Falkenberg,

Anträge

7. Absenkung des Klassenfrequenzrichtwertes

Die Personalversammlung fordert den Personalrat Hauptschule auf, sich über den Hauptpersonalrat beim MSB dafür einzusetzen, dass der Klassenfrequenzrichtwert auf 23 Schülerinnen und Schüler abgesenkt wird. Es soll eine Bandbreite von 21 bis 25 Schülerinnen und Schüler gelten.

Antragsteller:

Andreas Blaswich, Maria Falkenberg,

Anträge

8. Bezahlung der Mehrarbeit

Die Personalversammlung fordert den Personalrat Hauptschule auf, sich über den Hauptpersonalrat beim MSB dafür einzusetzen, dass alle Lehrkräfte ihre Mehrarbeit bereits von der 1. Stunde an bezahlt bekommen.

Antragsteller:

Andreas Blaswich, Maria Falkenberg,

Anträge

9. Belastungen reduzieren

Die Personalversammlung fordert den Personalrat auf sich weiterhin verstärkt dafür einzusetzen, dass die Belastungssituationen, wie Inklusion, Integration, Vorbereitungsklassen und Teilstandorte, nicht weiter steigen, sondern mit Augenmaß reduziert werden, damit die Qualität der schulischen Arbeit gesteigert und die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte verringert werden kann.

Antragsteller:

Regina Trampnau, Gabriele Janicki, Andreas Dietl, Gabriele Lamottke, Ilona Slabbers

Anträge

10. Chancen im Versetzungsmöglichkeiten steigern

Die Personalversammlung fordert den Personalrat auf sich über den HPR beim MSB dafür einzusetzen, dass bei den Versetzungen die Chancen auf Aufnahme in andere Schulformen erheblich gesteigert werden, insbesondere dann, wenn Hauptschulen komplett schließen und Kolleginnen und Kollegen sich im Vorfeld bereits mehrfach um eine solche Versetzung bemüht haben.

Antragsteller:

Regina Trampnau, Gabriele Janicki, Andreas Dietl, Gabriele Lamottke, Ilona Slabbers

Aktuelle Informationen,
alle unsere Infos,
Merkzettel,
Formulare und Musterschreiben
finden Sie unter

www.pr-hauptschule.de



**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit**